

# Herz und Verstand in der Integrationspolitik

*Aygül Özkan*

Integration muss endlich zu einer Herzensangelegenheit werden. Besonders in der bundesdeutschen Debatte gilt es, das Thema nicht länger ausschließlich mit dem Verstand analysieren zu wollen, sondern wir müssen bereit sein, neue Wege zu gehen.

Vor allem bei qualifizierten Neuzuwanderern ist ein Signal der Behörden nötig, nach dem Motto: „Wir sind froh, dass ihr gekommen seid, um uns zu helfen.“ Dafür sind „Welcome-Center“ qualifizierte Zuwanderer, wie in Hamburg, wichtig und nötig. Allerdings, und das ist die nächste Herausforderung, muss es solche Willkommenszentren für alle Zuwanderer geben.

Es muss uns zum Nachdenken anregen, dass die „Verbleiberate“ ausländischer Hochschulabsolventen aus Nicht-EU-Staaten in Deutschland nur bei ungefähr 26 Prozent liegt. Hierbei handelt es sich um ausgezeichnet ausgebildete Fachkräfte, die hier ausgebildet wurden, größtenteils die Sprache beherrschen und mit den Strukturen vertraut sind. Diese Menschen müssen wir in Deutschland halten. Im Moment sind sie kaum darüber informiert, wie sie auch nach ihrem Studium bleiben können. Der Effekt ist: Wir lassen sie nicht nur ziehen, wir schicken sie weg.

Auch in anderen Fällen wie zum Beispiel einem schnelleren Arbeitsrecht für Flüchtlinge, ist es längst überfällig, dass Innenpolitiker und Integrationspolitiker viel verzahnter Hand in Hand arbeiteten.

Integration gelingt nur durch gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben. Im Bereich Bildung sind die Zugangschancen zu einer voll qualifizierenden Ausbildung sehr stark von dem erreichten Schulabschluss und den Schulnoten aus dem letzten Zeugnis abhängig. Zu oft sind jedoch die Bildungslaufbahnen der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien noch geprägt von nicht gleichen Sprachkenntnissen bei der Einschulung und von Eltern, denen das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem fremd ist.

Umso wichtiger ist es, schon in der Kindertagesstätte Eltern der Kinder mit Migrationshintergrund einzubeziehen. In Niedersachsen ist das etwa mit dem „Rucksackprojekt“ gelungen.

Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt sollten in Regionalnetzwerken konkrete Maßnahmen zum besseren Übergang von der Schule in den Beruf für Jugendliche mit Migrationshintergrund entwickelt und umgesetzt werden. Damit migrantische Eltern noch besser erreicht werden können, hat Niedersachsen ein Projekt des Bildungswerks der Niedersächsischen Wirtschaft (BNW) unterstützt, bei dem an den drei Pilotstandorten Hannover, Braunschweig und Cloppenburg migrantische Eltern zu interkulturellen Elternmoderatoren ausgebildet werden. Bei Elterntreffs erläutern diese Elternmoderatoren anderen Eltern (u.a. in ihrer Muttersprache) das deutsche Schulsystem und Ausbildungswege ihrer Kinder. Ebenso ist das Projekt „Eltern fördern – Kinder stärken“ der Ezidischen Akademie unterstützt worden, bei dem im eigenen Kulturkreis ganz gezielte und rollenspezifische Elternförderung stattfindet. Ziel ist es auch hier, die Eltern darin zu befähigen, den Schul- und Ausbildungsweg ihrer Kinder aktiver zu begleiten.

Darüber hinaus sollten migrantische Eltern auch dafür gewonnen werden, den Bildungsweg ihrer Kinder an einer berufsbildenden Schule aktiver zu begleiten, damit die Jugendlichen die dortigen Qualifizierungen als Mehrwert für ihren weiteren Berufsweg nutzen können. In Niedersachsen standen im September 2011 1.416 unverborgte Bewerberinnen und Bewerber 2.416 unbesetzten Berufsausbildungsstellen gegenüber<sup>1</sup>. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in der Berufsausbildung stark unterrepräsentiert<sup>2</sup>. In Niedersachsen liegt der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Alter von 22 bis 34 Jahren, die keinen beruflichen Abschluss haben, bei 35,3 Prozent. Bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil bei dreizehn Prozent<sup>3</sup>.

Studien belegten noch immer, dass trotz gleicher Qualifikationen der Zugang zum Arbeitsmarkt für Jugendliche mit Migrationshintergrund signifikant schwieriger ist<sup>4</sup>.

Er verzögert sich und ist weniger erfolgreich. Während Jugendliche ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt bereits nach drei Monaten einen dualen Ausbildungsplatz finden, erreichen Jugendliche mit

Migrationshintergrund eine entsprechende Vermittlungsquote erst nach siebzehn Monaten.

Wir brauchen eine Anerkennungs- und Willkommenskultur nicht nur gegenüber qualifizierten Neuzuwanderern, sondern gegenüber allen Einwanderern im Land, egal wie lange sie und ihre Familien schon hier leben. Zugewanderte dürfen sich im Kontakt mit den Behörden nicht diskriminiert und unangemessen behandelt fühlen. Vor allem Ausländerämter prägen die ersten Eindrücke, die zuweilen auf das Land insgesamt übertragen werden. Deshalb ist es wichtig, eine Willkommenskultur „von Amts wegen“ zu generieren. Zur Nachahmung ist das Vorbild der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung in Niedersachsen zu empfehlen, in Landesministerien und anderen Behörden interkulturelle Schulungen durchzuführen, um die Mitarbeiter zu sensibilisieren. Dabei haben wir festgestellt, dass sich viele Mitarbeiter auch darauf einlassen und etwas ändern.

Im Moment geht es uns wie vor fünfzig Jahren wieder um Arbeitskräfte. Dass aber Menschen kommen werden, müssen wir eigentlich wissen. Deshalb müssen wir Zuwanderung auch integrationspolitisch begleiten. Es ist nur fair für beide Seiten, wenn jede Seite weiß, was von ihr erwartet wird. Wir müssen klar definieren, welche Forderungen und Anforderungen wir an die Zuwanderer haben. Auch wenn wir uns jetzt an Akademiker wenden, müssen wir uns überlegen, wie wir sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen können.

Adressaten der Integrationspolitik sind aber auch die Einheimischen. Es geht um Toleranz und Respekt. Dazu gehört auch die Bereitschaft zur Vielfalt. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, jeder muss etwas dazu beitragen. Beide Seiten müssen sich und die jeweilige Kultur kennenlernen. Das kann durch Begegnungen im Alltag und Kommunikation gelingen. Hierfür brauchen wir Brückenbauer wie Integrationslotsen, interessierte Nachbarn, Ärzte oder Lehrer und Verwaltungsmitarbeiter mit Migrationshintergrund (momentan haben fast 30 Prozent aller Schüler einen Migrationshintergrund, bei den Lehrern liegt der Anteil nur bei knapp fünf Prozent).

Begegnung und Kommunikation gelingt uns aber am besten über das Ehrenamt. Es schafft gegenseitiges Verständnis, stärkt das Selbstbewusstsein, gibt Anerkennung und schweißt zusammen.

Deshalb müssen wir mehr Menschen mit Migrationshintergrund (ob jung oder alt) an das Ehrenamt heranführen und sie für bürgerschaftliches Engagement gewinnen.

Integration ist Zukunftssicherung! Lassen Sie uns also die Vielfalt als Chance begreifen.

- 1 | *Diese Zahlen beinhalten nur die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellen und Aus-bildungsplatzsuchenden.*
- 2 | *Vgl. Berufsbildungsbericht 2012: Ausbildungsbeteiligung junger Ausländer in 2010 mit 33,5 Prozent im Vergleich zu jungen deutschen Jugendlichen mit 65,4 Prozent. Die Berufsbildungsstatistik erfasst nur die Staatsangehörigkeit. Weitere empirische Auswertungen erlauben jedoch die Ausweitung auf die komplette Definition des Migrationshintergrundes.*
- 3 | *Insgesamt sind es 18,4 Prozent. Vgl. „Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 – 2009“, erschienen 2011. Die Daten für 2010 werden derzeit erst aufbereitet.*
- 4 | *Vgl. „Forschungs- und Arbeitsergebnisse aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung“, Heft 16, Dezember 2011.*